

Kampf um die Rente: Experten warnen vor drohender Altersarmut!

Thomas Soltau kritisiert die Rentenpolitik der SPD und warnt vor Altersarmut. Experten fordern Reformen für eine zukunftssichere Rente.



Deutschland - Die Diskussion über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland nimmt an Intensität zu. Thomas Soltau, ein prominenter Kritiker der aktuellen Rentenpolitik, hat scharfe Töne gegenüber den Aussagen von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil angeschlagen. Soltau bezeichnete die geplanten Investitionen als kurzfristig und als Wahlgeschenke, die nicht den erforderlichen langfristigen Kapitalinvestitionen Rechnung trügen, um eine solide Basis für die Zukunft zu schaffen. Seine Forderung ist klar: Der Staat müsse den Kapitalmarkt durch eigene Investitionen und die Förderung privater Vorsorge stärken, um der drohenden Altersarmut entgegenzuwirken. Dies berichtet **inFranken**.

Die Stellungnahme von Soltau erfährt jedoch Widerspruch seitens der SPD. Diese betont, dass die prophezeiten Horrorszenarien über den Zusammenbruch der gesetzlichen Rente nicht eingetreten sind. Der Beitragssatz liege niedriger als ursprünglich prognostiziert, was sie auf erfolgreiche Maßnahmen am Arbeitsmarkt zurückführen. Besonders hervorzuheben ist, dass sowohl ältere Menschen als auch Frauen zunehmend erwerbstätig sind, was zur Stabilisierung des Rentensystems beiträgt. Die Bundesregierung plant zudem, die Alterssicherung für alle Generationen nachhaltig zu stabilisieren und das Rentenniveau bis 2031 gesetzlich bei 48 Prozent des Durchschnittsverdienstes abzusichern.

Demografische Herausforderungen

Die demografische Entwicklung in Deutschland stellt jedoch eine ernstzunehmende Herausforderung dar. Diese führt zu langfristigen Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Rentenversicherung, wie aus weiteren Analysen hervorgeht. Während die Geburtenrate weiterhin niedrig bleibt, steigt die Lebenserwartung. Dies führt zu einem Anstieg der Rentner im Verhältnis zu den erwerbstätigen Beitragszahlern. Laut **Deutschlandfunk** beziehen mittlerweile 61 Prozent der Rentner weniger als 1.200 Euro netto pro Monat, wobei sich ein Drittel sogar mit weniger als 750 Euro netto begnügen muss.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird im Umlageverfahren finanziert, das bedeutet: Die aktuellen Beitragszahlungen von Erwerbstätigen finanzieren die Renten der gegenwärtigen Rentner. Der Staat trägt rund 30 Prozent der Ausgaben über Steuermittel, was mehr als 25 Prozent des Bundeshaushalts ausmacht. Diese Abhängigkeit von Steuermitteln wird von einer Vielzahl von Experten als zunehmend problematisch angesehen. Der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums warnt vor „schockartig steigenden Finanzierungsproblemen“ der Rentenversicherung, angepasst an eine sich ändernde demografische Realität.

Reformbedarf und gesellschaftliche Folgen

Die von Soltau angesprochenen Probleme sind nicht neu. Peter Zilles von der Tafel Bayern wies darauf hin, dass der Anstieg der Altersarmut seit über 20 Jahren bekannt ist, und äußerte sich pessimistisch bezüglich der zukünftigen Entwicklungen, insbesondere, da die geburtenstarken Jahrgänge nun ins Rentenalter eintreten. Diese erdrückenden Sorgen um die Altersarmut und die Finanzierung der Rentenversicherung erfordern dringend eine umfassende Reform, die, wie einige Politiker fordern, auch Beamte und Selbstständige einbeziehen sollte.

Dennoch stehen politische Entscheidungsträger vor einer schwierigen Aufgabe. Die Diskussion über die Anhebung des Renteneintrittsalters und mögliche Erhöhungen der Rentenbeiträge hat in den letzten Jahren an Schärfe gewonnen. Ältere Arbeitnehmer sollen durch positive Anreize zur weiteren beruflichen Tätigkeit motiviert werden, während gleichzeitig die Möglichkeit besteht, dass bis 2030 der Mehrwertsteuersatz auf 23 Prozent angehoben werden könnte, um die Rentenversicherung zu stützen.

Die aktuelle Rentenpolitik steckt in einem komplexen Spannungsfeld zwischen den drängenden Bedürfnissen der Rentner und den langfristigen Herausforderungen der Finanzierung. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung die notwendigen Reformen umsetzt, um das Rentensystem zukunftssicher zu gestalten. Die kommenden Jahre könnten entscheidend dafür sein, ob die gesetzliche Rente in der derzeitigen Form bestehen bleiben kann oder ob tiefgreifende Veränderungen erforderlich sind.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.infranken.de

Details

- www.iza.org
- www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net